

**Bezugsgebühren:**  
Einzelposten 2 Mt. 50 Pf.; Vierteljahrlich 5 Mt. 75 Pf. 1/2 J. 10.00; 1 J. 18.00.

Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens 7 Uhr in der Druckerei in der Fehringstraße 11 bis 12 Uhr in der Postzeitung zum Preis von 10 Pfennigen. Die Bestellungen werden durch die Postämter oder direkt bei der Druckerei in der Fehringstraße 11 bis 12 Uhr in der Postzeitung zum Preis von 10 Pfennigen.

**Verlagsbesitzer:**  
Johann Fehring  
Fehringstraße 11 bis 12  
1080 Dresden.

# Dresdner Nachrichten

**Lobeck & Co.**  
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen.  
**Chocoladen, Cacaos, Desserts.**  
Königlicher Verkauf Dresden, Altmarkt 2.  
Gegründet 1856

Telegr.-Adresse:  
Nachrichten, Dresden.

**Julius Schädlich**  
Am See 10, part. u. L. U.  
Belohnungsgegenstände



Petroleum und Kerzen.  
für Glas, elektrisch, Licht.

Größtes und feinstes Spielwaren-Haus  
32 Pragerstr. **B. A. Müller** Pragerstr. 32  
**Oster-Ausstellung.**  
Fabrik-Lager: Richter's Anker-Steinbrennerei.

**Rosengarten** und  
**gärtnerische**  
mit Werkzeugen  
**E. Böhm's**  
rotter Gartenschlauch.  
Zalagun 13899  
**E. Böhm's** Rosenbauwerkzeuge  
1874

**Waagenfabrik**  
**E. Holl & Co. Nachf.**  
Maternistr. 3 Dresden-A. Maternistr. 8  
Centesimal-, Dezimal-, Tafelwaagen, Reparaturen.

## Dresdner Vernickelungs-Anstalt von Otto Büttner, Falkenstrasse 1-3 (Hofgebäude).

Nr. 81. Spiegel: Etat der Staatsbahnen, Hofnachrichten, Landtag, Krankenbehandlung, Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger, Gerichtsverhandlungen, Königl. Conservatorium. Rathhauss. Witterung: Niederschläge. Sonnabend, 24. März 1900.

Alle dem Leserkreis der „Dresdner Nachrichten“ in Dresden und Umgebung für das 2. Vierteljahr neu hinzutretenden Abonnenten erhalten das Blatt durch unsere eigenen Boten oder Kommissionäre **bereits von jetzt ab täglich 2 Mal** bis zum Ende des Monats **gratis zugeschickt.** Vierteljährlicher Bezugspreis 2 Mark 50 Pfennige.

**Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten“**  
Marienstrasse 38.

**Annahmestellen für Anzeigen und Bezugsbestellungen:**

- Grosse Klostergasse 5, Johannes Plücker;
- Lutherplatz 1, Karl Böhm;
- Königsbrückstr. 39, Fritz Hilbers;
- Bürgerstr. 44 (Vornalt Pleschen), Otto Löt;
- Grünebergstr. 17, Georg Wagner;
- Ecke Pflanz- und Albrechtstr., Albert Kaul;
- Sachsen-Allee 10, Erdmann Händel;
- Zöllnerstr. 12 (Ecke Striesenstr.), Max Röll;
- Merauburgerstr. 2 (Vornalt Striesen), Otto Pils;
- Ehlendstr. 17, Otto Bischoff;
- Schlesierstr. 65, Gustav Seyler;
- In Blasewitz: Tolkenstr. 2, Heinrich Niebling;
- In Löbtau: Wildstrasserstr. 4, C. F. Bloß;
- Reisowitzerstr. 31, Arthur Schmidt;
- In Plauen: Kirchstr. 1 und Reichenwitzerstr. 26, Arthur Matthes.

### Der Deputationsbericht über den Etat der Staatseisenbahnen.

Der Bericht der Finanzdeputation A der Zweiten Kammer über Kap. 16 des ordentlichen Staatshaushalts betr. den Etat der Staatseisenbahnen ist ein höchst interessantes parlamentarisches Aktenstück, das rühmliches Zeugnis ablegt von der eingehenden Würdigung, welche die Eisenbahnpolitik der Regierung bei der Volkvertretung, entsprechend dem allgemeinen Verständnis, welches das ganze Land ihr entgegenbringt, findet. Zur Ergänzung von Ausführungen, die bereits früher auf Grund des letzten Deputationsberichts gemacht worden sind, sei hier kurz wiederholt, daß die Deputation (Berichtersteller: Vizepräsident Georg) die ernstesten Bedenken gegen die künstliche Erhöhung der Einnahmenseite mittels der neuen Methode geäußert, sich aber gleichwohl nicht davon gekümmert hat, ihrerseits die Einnahmenseite auf das normale Maß zurückzuführen, in der Erwägung, daß alsdann der Ausgleich nur im Wege eines Steuerzuschusses hätte vorgenommen werden können. Eine solche Verantwortung vertraute die Deputation sich aber mit Recht nicht zu übernehmen angesichts des Umstandes, daß die Regierung selbst mit dem von ihr aufgestellten Etat auszukommen gedenkt.

würden, unter unerschwinglich hoher Arbeitslast und Verantwortung mit einer Summe von Täuschungen und Zurücksetzungen zu bieten vermöge.“

Im Gegensatz hierzu entworfen die Kassen der Regierung zur Sache ein wesentlich freundlicheres Bild sowohl von dem augenblicklichen Stande der Technikerfrage wie von den Aussichten dieser Beamtenklasse für die Zukunft. Es wird allerdings zugegeben, daß die Stellung der wissenschaftlich gebildeten Techniker im sächsischen Staatseisenbahndienst bis vor etwa einem Jahrzehnt ihrer wissenschaftlichen Vorbildung und ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit nicht allenthalben entsprach. Dies finde aber zum größten Teile seine Erklärung in den allgemein-wirtschaftlichen Verhältnissen der Mitte der 70er Jahre, die einen ganz ungünstigen Anhalt zu dem technischen Eisenbahndienst veranlaßten. Der große Aufschwung der Industrie nämlich, wie er unmittelbar nach dem deutsch-französischen Kriege eintrat und zu einer nie dagewesenen Tätigkeit im Eisenbahnbau führte, veranlaßte damals eine ungewöhnlich große Anzahl junger Leute, sich dem Ingenieurstand zu widmen, die dann, als um die Mitte des Jahrzehntes der allgemeine Rückgang und damit der Zusammenbruch vieler Privatbahn-Unternehmungen erfolgte, ein Unterkommen nur noch im Staatseisenbahndienst zu finden vermochten. Das so verursachte außergewöhnliche Angebot von Kräften mußte naturgemäß von drückender Wirkung auf die Anstellungsbedingungen sein. Seit 1881 und mehr noch seit Beginn des laufenden Jahrzehntes sei indessen ein durchgreifender Wandel in der Stellung der Techniker eingetreten. Die Gehälter wurden allmählich wesentlich erhöht und daneben auch die Titel- und Rangverhältnisse allenthalben wünschgemäß umgestaltet. Dabei verdient ausdrücklich hervorgehoben zu werden, daß nach dem neuen Etat den Bau- und Betriebsinspektoren nicht weniger als 17 höhere Stellen mit einem Durchschnittsgehalt von 7200 Mk. zugänglich sind. Alle diese Maßnahmen, durch die nicht nur das Einkommen, sondern auch das Ansehen der Staatseisenbahn-Techniker in hervorragender Weise gehoben worden ist, haben die erfreuliche Wirkung gehabt, daß sich in allmählicher Zunahme neuerdings wieder mehr Aspiranten des Ingenieurstandes dem Staatseisenbahndienst zuwenden.

„Mit aller Entschiedenheit als unrichtig“ weist die Regierung die Auffassung zurück, daß die höheren Techniker und die Juristen bei der Staatseisenbahnenverwaltung von der vorgelegten Behörde etwamäßig ungleich behandelt würden. Allerdings sei ohne Weiteres zuzugeben, daß in letzter Zeit die Juristen durchschnittlich in weit längerem Lebensalter Staatsstellen erreicht haben als die Techniker. Dies sei indes lediglich die Folge eines ungewöhnlich stark gewesen Abganges von juristischen Räten, der naturgemäß bei der verhältnismäßig geringen Zahl der bei der Eisenbahn vorhandenen juristischen Stellen nach dem geltenden Gehaltsklassensystem das Avancement ganz außerordentlich beschleunigen mußte. Ungetreut werde voraussichtlich auch die Zeit kommen, wo bei Stöckung des Abganges von Juristen deren geringere Zahl zu einem jahrelangen völligen Ruhen der Avancements führt, während die größere Zahl der Techniker für diese eher ein gleichmäßiges Aufstücken erwarten läßt.

Die Deputation hat sich in ihrer Mehrheit von den Darlegungen der Regierung überzeugen lassen und hält dafür, daß der eigentliche Grund der Unzufriedenheit der höheren Techniker weniger in der Zurücksetzung gegenüber anderen Beamten als vielmehr in den besonderen Avancementsverhältnissen der Bau- und Betriebsinspektoren zu suchen sei. Für diese Beamten wird wegen ihrer geringen Aussichten auf angemessenes Auskommen in Folge Freiwerdens der höheren Stellen der Eintritt des Aufstiegs nach Altersklassen neben dem Gehaltsklassensystem als besonders erwünscht erklärt. Die Regierung hat denn auch in Würdigung dieser Notwendigkeit die Erklärung abgegeben, daß sie nicht ermangetel werde, seiner Zeit und vielleicht schon für die nächste Etatsperiode mit geeigneten Vorschlägen, sei es in der Richtung einer Vermehrung der höheren Stellen oder einer Aenderung des Aufstiegsystems, an die Ständeversammlung heranzutreten.

Die zu dem Eisenbahnenetat eingegangenen Petitionen werden von der Deputation der Kammer zu folgender Behandlung empfohlen: Die Petition der Betriebsinspektoren, soweit sie Verbesserung ihrer Aufstiegsverhältnisse erbittet, soll der Staatsregierung zur Kenntnisknahme überwiesen werden; die Petition der technischen Betriebsinspektoren und technischen Bureau-Affistenten soll auf sich beruhen bleiben, soweit sie auf Verbesserung der Gehalts- und Rangverhältnisse durch Gleichstellung mit den Oberwerkmeistern und Werkmeistern gerichtet ist, dagegen zur Erwägung überwiesen werden, soweit sie Verbesserung der Beförderungsverhältnisse durch Schaffung von mehr technischen Eisenbahnspektorenstellen zum Gegenstand hat; die Petition der älteren Stations- und Bureau-Affistenten erhält die Censur „zur Kenntnisknahme“.

Das soziale Gebiet berühren die der Deputation zugegangenen amtlichen Mitteilungen über die Lohnverhältnisse der Arbeiter, sowie über Dienstdauer und Kautions des Eisenbahnpersonals (Beamte und Arbeiter zusammen). Die Löhne der Arbeiter haben eine fortschreitende Aufbesserung erfahren. Der für 1898 ermittelte Gehaltsaufwand in Höhe von rund 14 1/2 Millionen Mark übersteigt den entsprechenden Aufwand von 1897 um rund 1/8 Millionen und diese Zunahme ist vornehmlich auf die allgemeine Lohnerhöhung und die durch Verkürzung der planmäßigen Dienstdauer bedingte Vermehrung des Arbeiterpersonals zurückzuführen. Der Durchschnittslohn für alle Arbeiter der sächsischen Staatseisenbahnen stellt sich für 1898 auf 929 Mk. und wird für 1899 noch wesentlich höher steigen, soweit die bis jetzt vorliegenden Ermittlungen erkennen lassen. Die Deputation begrüßt mit Beifall die neuerdings weiter erfolgten Maßnahmen zur Verkürzung der Dienstdauer und Ausdehnung der Ruhezeit des Personals und die namentlich für das Zugführer- und -begleitpersonal im Laufe der jetzt begonnenen Finanzperiode noch weiter durchzuführen Verbesserungen. Die Einrichtung von Arbeiter-Ausschüssen auch für das Eisenbahn-Betriebspersonal wird die Verwaltung fortgesetzt im Auge behalten. Löhne sollen, in Uebereinstimmung mit der preussischen Staatseisenbahnenverwaltung, die Erfahrungen abgewartet werden, welche einzelne sächsischen Eisenbahnverwaltungen mit den vor kurzem getroffenen ähnlichen Einrichtungen machen. Der Verbesserung der Unterhaltungs- und Ueberrichtungsarbeiten des Personals wendet die Verwaltung fortgesetzt sorgfältige Aufmerksamkeit zu. Im Ganzen ist der Aufwand für die im Jahre 1899 bereits auszuführen und in der neuen Periode noch auszuführen Verbesserungen der Ueberrichtungs- und Aufrechterhaltung auf 600,000 Mk. zu beziffern. Es liegt aber auch zu hoffen, daß nach Ausbesserung der vorerwähnten Neubauten allen vernünftigen Forderungen, die an solche Räume gestellt werden können, Rechnung getragen sein werde. Die genannte Haltung der sächsischen Eisenbahnenverwaltung auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge beweist, daß hier mit dem im Interesse der Disziplin notwendigen unerlässlichen Abwehr sozialrevolutionärer Hetzereien eine wahrhaft wohlthätige gegenüber dem Personal Hand in Hand geht.

„Die Verhältnisse des Eisenbahnenbaus und der Eisenbahnenverwaltung sind ein höchst interessantes Aktenstück, das rühmliches Zeugnis ablegt von der eingehenden Würdigung, welche die Eisenbahnpolitik der Regierung bei der Volkvertretung, entsprechend dem allgemeinen Verständnis, welches das ganze Land ihr entgegenbringt, findet. Zur Ergänzung von Ausführungen, die bereits früher auf Grund des letzten Deputationsberichts gemacht worden sind, sei hier kurz wiederholt, daß die Deputation (Berichtersteller: Vizepräsident Georg) die ernstesten Bedenken gegen die künstliche Erhöhung der Einnahmenseite mittels der neuen Methode geäußert, sich aber gleichwohl nicht davon gekümmert hat, ihrerseits die Einnahmenseite auf das normale Maß zurückzuführen, in der Erwägung, daß alsdann der Ausgleich nur im Wege eines Steuerzuschusses hätte vorgenommen werden können. Eine solche Verantwortung vertraute die Deputation sich aber mit Recht nicht zu übernehmen angesichts des Umstandes, daß die Regierung selbst mit dem von ihr aufgestellten Etat auszukommen gedenkt.“

Im Vordergrund der sonstigen Erörterungen des Berichts, der im Einzelnen die Bewilligung der Positionen nach der Vorlage empfiehlt, steht wegen ihrer nicht bloß betriebstechnischen, sondern auch sozialen und gesellschaftlichen Bedeutung die Technikerfrage. Die Deputation erklärt, sie habe bisher schon wiederholt Anlaß genommen, sich mit den Anstellungsverhältnissen der wissenschaftlich gebildeten Techniker zu beschäftigen. Bei der gegenwärtigen Veranlassung des Personals der Staatseisenbahnen aber mußte diese Frage ein besonders starkes Interesse erhalten durch die Erklärung des Herrn Finanzministers bei der allgemeinen Erörterung, daß ein beständiger Mangel an technischen Kräften bestehe und eine einschneidende nachteilige Wirkung auf den Betrieb wie auf den Neubau der Staatseisenbahnen ausübe. In Technikerkreisen herrscht vielfach die Meinung vor, daß der Mangel an wissenschaftlich gebildeten Bautechnikern ausschließlich in der ungleichen Behandlung zu suchen sei, welche diese bei der Staatseisenbahnenverwaltung im Vergleich mit den wissenschaftlich gebildeten Beamten anderer Staatsdienstzweige, insbesondere auch gegenüber den juristischen Beamten der eigenen Verwaltung von jeher erfahren hätten und auch zur Zeit noch recht empfindlich empfänden. Diese ungleiche Behandlung greife nahe an der Zurücksetzung, mindere die Berufstüchtigkeit und halte den notwendigen Erfolg aus heimischen Kräften und Kreisen ebenso fern wie den Bezug von nicht-sächsischen Bauingenieuren. Insbesondere wird bemängelt, daß der Klasse der Bau- und Betriebsinspektoren ein höherer Endgehalt als 6000 Mk. nicht gewährt werde, während allen übrigen in Vergleich zu stehenden Beamten die Möglichkeit geboten sei, in ihrer Gruppe ohne Aufstiege zu eine höhere Stelle ein höheres Einkommen zu erreichen. Eine von der Deputation als wesentlich stärkere Denkschrift über den Gegenstand ruft sich in bitterer Weise dahin, „es könne unter den obwaltenden Verhältnissen nur abgesehen werden, in die Laufbahn eines höheren Bautechnikers bei den sächsischen Staatseisenbahnen einzutreten, die, falls nicht erhebliche Verbesserungen durchgeführt

**Friedrich & Glöckner**  
Druckerei  
Friedrichstr. 105  
Pfeilschneiderei, Planchen u. Rollen  
Königsplatz 105  
Friedrichstr. 105